

Dietrich Gerstner

**Zur „Harmonisierung des Asylrechts“. Kirchliche Stellungnahmen zur Flüchtlingspolitik angesichts der Krise des Asylrechts im Europa der 90er Jahre (unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Deutschland)**

SoSe 1996, Beiträge zur Diakoniewissenschaft N.F. 55, 134 Seiten/54 Seiten Anhang

Seit dem Ende der 70er Jahre sind immer mehr Flüchtlinge nach Europa gekommen. Diese Entwicklung hat sich nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes noch deutlich verschärft. Die Bundesrepublik Deutschland ist von dieser Tatsache in besonderer Weise betroffen, da von jenen Flüchtlingen anteilmäßig der Großteil einen Asylantrag in der BRD gestellt hat bzw. stellt. Es ist abzusehen, daß in den kommenden Jahren immer mehr Flüchtlinge und Asylsuchende ihren Weg nach (West-)Europa suchen werden. Daher erscheint es mir fraglich, ob dies das letzte „Jahrhundert der Flüchtlinge“ bleiben wird. In ganz (West-)Europa wird politisch seit Jahren zunehmend eine Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden verfolgt. Dies äußert sich in Abkommen über den Schutz der Außengrenzen, in Regelungen zum (erschweren) Zugang zum Territorium der Europäischen Gemeinschaft, etc. Besonders unter der Perspektive des am 1.1.1993 in Kraft gesetzten europäischen Binnenmarktes und des damit ermöglichten freien Personenverkehrs innerhalb der EG-Grenzen hat sich die Tendenz zur gemeinsamen Abschottung und Ausgrenzung verstärkt.

Die BRD ist von diesen Entwicklungen nicht ausgenommen. Ganz im Gegenteil: Jahrelange Bemühungen der gegenwärtigen Regierungsparteien CDU/CSU und FDP um eine Verschärfung des Asylgenehmigungsverfahrens und um eine Einschränkung des Grundgesetzartikels 16 Abs. 2 Satz 2 („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“) sind jeweils zu einem 'Erfolg' gekommen: Im Sommer 1992 wurde das Asylverfahrensgesetz (ein weiteres Mal) verschärft, und am 1. Juli 1993 trat der von der Bundesregierung und der an diesem 'Asylkompromiß' beteiligten SPD ausgehandelte neue Grundgesetzartikel 16a, der den bisherigen Art. 16 GG ersetzte, in Kraft.

Angesichts einer zunehmenden Fremdenfeindlichkeit, die sich im wiedervereinigten Deutschland in Form von gewalttätigen Übergriffen aller Art (z.B. Brandanschläge gegen Heime für AsylbewerberInnen) und sogar in Morden gegen ausländische Menschen äußert, ist das Thema 'Asyl' seit 1991/92 zum zeitweise vorrangigen Wahlkampfthema für die Politik geworden. Das Asylrecht in Deutschland und Europa steckt also in einer tiefen Krise.

Die 'Kirche' kann und darf in solchen Zeiten nicht schweigen. Sie muß von ihrem Auftrag her klar Stellung beziehen, zugunsten einer humanen Flüchtlings- und Asylpolitik, und zwar durch Worte und Taten. In den letzten Jahren haben sich sowohl in der Bundesrepublik als auch in ganz West-Europa Kirchen verschiedener Konfessionen und ökumenische Organisationen in diesem Sinne öffentlich geäußert. Die Untersuchung einiger dieser kirchlichen Stellungnahmen aus den Jahren 1991/92 ist der Ausgangspunkt für die folgende Arbeit. Um die kirchlichen Stellungnahmen auf ihren Aussagegehalt hin angemessen beurteilen zu können, skizziere ich in Teil I, Situationsdarstellung und -analyse, zunächst in groben Zügen den gesellschaftlichen und politischen Hintergrund der Diskussion um eine 'Harmonisierung des Asylrechts' in Europa. Mein besonderes Augenmerk gilt dabei der BRD und der hiesigen politischen und sozialwissenschaftlichen Diskussion zu diesem Thema. Dabei konzentriere ich mich auf die Zeit von 1991 bis 1993, da in jenen Jahren politisch und rechtlich unter dem Stichwort der 'Europäischen Harmonisierung' die Grundlagen für die jetzige Situation der Flüchtlings- und Asylpolitik in Europa und am deutlichsten in Deutschland gelegt wurden. In einem Exkurs finden auch sozialpsychologische Erkenntnisse Berücksichtigung. Wegen der Komplexität der Zusammenhänge und der sich überschlagenden Ereignisse entwickelte sich dieser Teil (zumindest quantitativ) zum Schwerpunkt der Arbeit.

In Teil II, Kriterien für eine humane Flüchtlingspolitik, geht es um biblisch-theologische und allgemein sozialetische Überlegungen zur Frage der Gestaltung der Flüchtlingspolitik. Für die Umsetzung dieser Überlegungen in die Praxis ist mir das Konzept der Verantwortungsethik wichtig geworden. In Teil III, Kirchliche Stellungnahmen, untersuche ich auf dem Hintergrund der Teile I und II vier kirchliche Äußerungen zur Flüchtlings- und Asylpolitik aus dem europäischen, ökumenischen Raum, die alle unter dem Horizont der 'europäischen Harmonisierung' des Asylrechts veröffentlicht wurden. Sie stammen aus den Jahren 1991 und 1992. Daher können sie z.T. zwar keine direkte Antwort auf die sich weiter zuspitzenden politischen und gesellschaftlichen Ereignisse der Zeit von 1992/93 geben. Die Frage nach ihrem aktuellen Aussagegehalt erscheint mir dennoch angemessen, da schon vor ihrer Veröffentlichung die späteren Entwicklungen (zunehmende Gewalt gegen AusländerInnen, Verschärfung des Asylrechts etc.) ihren Anfang nahmen.

In Teil IV kommt die Arbeit darin zu ihrem Abschluß, daß ich zunächst der Frage nachgehe, ob es einen spezifisch kirchlichen Beitrag zur Flüchtlingspolitik in Europa gibt. Eigene Thesen zur Gestaltung dieser Politik beschließen die Arbeit.

Es ist dabei nur bedingt gelungen, in Teil IV die Erkenntnisse aus den vorhergehenden Teilen I-III explizit zu einer organischen Einheit zu verbinden. Implizit spielen sie jedoch eine große Rolle. Ich hoffe, daß dies beim Lesen der Arbeit ersichtlich wird.